



Bericht des Bürgermeisters zur Sitzung der Gemeindevertretung am 30.05.2013

Der Beginn der Bauarbeiten der Eisenbahnüberführung in Rangsdorf und die noch gleichzeitig stattfindende Auswechsellung der Weichen im Bahnhofsbereich Zossen hat zu einer nun fast 3-wöchigen Komplettsperrung der Bahnstrecke zwischen Rangsdorf und Zossen geführt. In der Folge war die Schranke am Bahnübergang Rangsdorf in den letzten beiden Wochen fast immer offen. Dies gibt einen kleinen Vorgeschmack, wie es sein wird, wenn denn in gut 2 Jahren die Eisenbahnüberführung fertig gestellt sein wird. Die Bauarbeiten selbst gehen zügig voran. Wie meist beim Beginn solcher Bauarbeiten, gibt es anfangs logistische Probleme. Es fehlen noch Lagerflächen, zum Teil sind Ausschilderungen nicht so, wie man sich es wünschen würde und einiges andere. Trotz allem habe ich bisher zu den Bauarbeiten selbst in Rangsdorf kaum kritische Stimmen gehört. Manchmal wird angemerkt, dass einiges noch zu verbessern ist, aber insgesamt sind alle froh, dass der Bau der Eisenbahnüberführung nun endlich beginnt.

Der östliche Teil des Umbaus des Bahnhofes soll in diesem Jahr weitestgehend fertig gestellt und abschließend auch Lärmschutzwände dort aufgestellt werden. Die Ausführungsplanung für den Bau der Lärmschutzwände laufen derzeit, das heißt, sofern wir auf der Nordseite der Bahnsteige einen Ausgang haben wollen, ist dieser mit zu planen. Um hier weitere Zeitverzögerungen zu verhindern, werde ich die entsprechenden Umplanungen bei dem für die Bahn arbeitenden Planungsbüro und die schallschutztechnischen Begutachtungen unverzüglich nach Beschluss des Haushaltes in Auftrag geben, sofern Sie hier und jetzt keine Bedenken dagegen haben. Damit greifen wir der Bahnhofsumfeldgestaltung teilweise vor.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung haben Sie beschlossen, dass die Lärmaktionsplanung vorerst nicht in dem vorgeschlagenen Umfang erfolgen soll, weil die Daten von der Bahn noch fehlen. Den Auftrag hat die Gemeindeverwaltung auch ausgeführt und ein entsprechendes Schreiben an das Land Brandenburg versendet. Sofern der Beschluss so auszulegen wäre, dass die Gemeinde die Lärmaktionsplanung nicht durchführt, hätte ich den Beschluss beanstanden müssen, weil die Gemeinde Rangsdorf zur Durchführung der Lärmaktionsplanung verpflichtet ist. Ihren Beschluss habe ich so verstanden, dass das Verfahren, so wie von uns vorgeschlagen ist, nicht durchgeführt werden soll. Aus diesem Grund habe ich veranlasst, was rechtlich und zur Vermeidung von Schadensersatzansprüchen unbedingt nötig ist. Die Öffentlichkeit wurde durch eine amtliche Bekanntmachung im Amtsblatt informiert. Es wurde ein Entwurf mit den vorliegenden Daten für den Bericht erstellt. Eine öffentliche Auslegung dieses Berichtsentwurfes erfolgt derzeit, so dass der sicherlich, was den Lärm der Bahn betrifft nicht vollständige Bericht, am 13. Juli 2013 entsprechend den rechtlichen Vorgaben an das Land Brandenburg weitergegeben werden kann. Sie erhalten dazu eine entsprechende Beschlussvorlage zur Gemeindevertreterversammlung im Juni.

Die Gemeinde Rangsdorf hat mit Schreiben vom 14.03.2013 wegen der geplanten Linienveränderungen für den RE 7 zum RB 24 an das Land Brandenburg und an den Verkehrsverbund geschrieben. Das Antwortschreiben des Landes Brandenburg erhalten Sie mit diesem Bericht.

Die von den Kindern geforderte BMX-Anlage kann nicht am „Platz der Deutschen Einheit“ errichtet werden. Wir werden den dortigen Sand zum Strandbad umlagern. Dies ist mit dem Pächterehepaar abgesprochen. Eine Information dazu ist für die nächste Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Sport und Soziales eingereicht. Dem Verein Tretwerk e.V. und den Kindern ist ein entsprechendes Antwortschreiben zugesandt worden. Die Errichtung einer Anlage, die bauordnungsrechtlich zu genehmigen ist, soll ab Herbst 2013 mit den Kindern im Bereich des Erich-Dückert-Sportforums für das nächste Jahr diskutiert werden.

Zur Fällung der auf der Grundstücksgrenze stehenden Eiche in der Langobardenstraße 10 b und dem Trinkwasseranschluss wurden einige von Ihnen per E-Mail von Herrn Scharfenberg angeschrieben. Diese Mail wurde mir zuständigkeitshalber weitergeleitet. Um Sie in der Sache, so weit möglich zu informieren, ist folgendes darzulegen: Für den Gemeindeteil des „Allgemeinen Anzeigers“, auf den sich Herr Scharfenberg bezieht, bin ich als Bürgermeister zuständig. Herr Scharfenberg scheint sich auf den letzten dort abgedruckten Bericht des Bürgermeisters zu beziehen. Bisher habe ich zu den dort seiner Auffassung nach unrichtigen Darstellungen noch keine schriftliche Mitteilung von Ihm erhalten. Nachdem nun gegenüber einigen Gemeindevertretern in der oben genannten E-Mail eine Gegendarstellung gefordert wurde, werde ich Herr Scharfenberg bitten schriftlich darzulegen, was er fordert zu korrigieren.

Die Darstellungen in der Presse zur Sache sind nicht alle zutreffend. Es ist z.B. nicht richtig, dass die Gemeinde Rangsdorf einen Widerspruch gegen eine Schachtgenehmigung nicht bearbeitet, wie von Herrn Scharfenberg in der MAZ am 23.05.2013 behauptet wurde. In der Sache hat die Gemeinde mit Schreiben vom 27.04.2013 geantwortet, nach nochmaligen Schreiben von Herrn Scharfenberg nochmals mit Schreiben vom 15.05.2013.

In den Medien gab es verschiedene Berichte zur Sache. Herr Scharfenberg hat sich wegen Verletzung der Datenschutzbestimmungen bei der Datenschutzbeauftragten des Landes Brandenburg über mich, denn die Gemeinde wird durch den Bürgermeister vertreten, beschwert. Deshalb habe ich Herrn Scharfenberg mit Schreiben vom 15.04.2013 gebeten zuzustimmen, dass ich die Presse über den Inhalt des gesamten Aktenvorganges zu Baumfällungen, Bauanträgen und Schreiben (der inzwischen einen Ordner füllt) informieren kann. Darauf habe ich, Herr Scharfenberg wird wissen warum, bisher keine Antwort erhalten.

Stattdessen ist am 29.05.2013 ein Leserbrief in der MAZ erschienen, in dem Herr Scharfenberg behauptet, dass ich auf seine E-Mails, trotz Lesebestätigung, nie persönlich reagierte. Eine E-Mail ist im Sinne des geltenden Rechts keine sichere Zustellungsform. Deshalb antwortet die Gemeindeverwaltung in der Regel schriftlich. Diese Schriftstücke an Herrn Scharfenberg sind fast alle von mir unterschrieben. Natürlich haben wir auf zum Teil mehrere Schreiben oder E-mails in einer Woche dann in einem Schreiben geantwortet.

Außerdem bearbeiten die Antworten natürlich die fachlich und sachlich zuständigen Mitarbeiter. Da gibt es auch für Herr Scharfenberg keine Ausnahme, dass der Bürgermeister entgegen aller Zuständigkeiten selbst die Angelegenheiten bearbeitet. Alle Bürger sind für mich gleich, auch wenn Sie der sprichwörtliche „Kaiser von China“ wären.

Weiterhin wurde in der Sache zwischenzeitlich ein Schaden gegen die Gemeinde Rangsdorf geltend gemacht (wie auch am 29.05.2013 in der MAZ zu lesen war), den ich natürlich an unsere Versicherung gegeben habe. Zu den Bedingungen des Versicherungsschutzes der Gemeinde gehört, dass Auskünfte in der Sache, dann nur noch über die Versicherungsgesellschaft selbst laufen müssen. Ansonsten würde die Gemeinde Rangsdorf ihren Versicherungsschutz verlieren. Der Verlust des Versicherungsschutzes bedeutet dann für alle Gemeindestellen, auch Gemeindevertreter, ein erhöhtes Haftungsrisiko. Den Verlust des Versicherungsschutzes werde ich nicht durch irgendwelche Zusagen zu vermeintlichen Vergleichsvorschlägen oder weiteren Darstellungen zur Sache riskieren.

Der Neubau der Krumminer Straße hat begonnen. Dazu werden wir Ihnen unter Umständen in Absprache mit der BBG noch einen Vorschlag für einen Grundstücksankauf zur Verlängerung der Straße machen. Da die Krumminer Straße Richtung Süden später weitergeführt werden soll, ist es im derzeitigen Bauzustand nötig, provisorisch einen Wendehammer zu errichten. Die Grundfläche dazu ist zur Widmung der Straße natürlich entsprechend zu sichern. Der Ankauf einer solchen Grundstücksfläche und eventuell nötige Sanierung des Untergrundes, werden natürlich mit dem Straßenbau kostenmäßig zum großen Teil umzulegen sein. Dankenswerter Weise erfolgte von Anliegern in der Krumminer Straße der Hinweis, dass hier mit Altlasten im Boden zu rechnen wäre. Weil natürlich die Anlieger die eventuell entstehenden Kosten dann mitbezahlen werden, ist es positiv zu werten, dass sie uns heute schon darauf hingewiesen haben.

Der Bau des Krippenteils des kleinen Hauses der Kita Spatzennest ist abgeschlossen, das Gebäude bezogen. Das Landesjugendamt hat zwischenzeitlich am 28. Mai 2013 eine Vorortbegehung durchgeführt und für das gesamte „Kleine Haus“ der Kita Spatzennest eine Kapazität von 89 Kindern festgestellt. Die Kita Spatzennest lädt am 07.06. 2013 ab 15:00 Uhr zu einem Sommerfest ein. Dieses Sommerfest soll auch die Eröffnungsfeier für das neugestaltete „Kleine Haus“ der Kita Spatzennest sein.

Am 21. Mai fand eine Begehung der Kita „Schwalbennest“ mit Mitgliedern des Ausschusses für Bildung, Kultur, Sport und Soziales der Gemeindevertretung statt. Die im Gebäude befindlichen Risse werden zum Teil durch den Prüfstatiker nochmals begutachtet, so dass zum Ablauf der Gewährleistungsfrist im Herbst dieses Jahres dann auch eine Klärung erfolgt sein wird. Mit dem Trägerverein der Kita ist vereinbart, dass wir das Vordach im Eingangsbereich in den nächsten Monaten bauen lassen. Die Finanzierung erfolgt aus den durch die Gemeinde der Kita bereitgestellten Betriebskosten und wird mit der Jahresabrechnung 2013 der Gemeinde gegenüber in Rechnung gestellt. Ebenso ist vereinbart, dass einzelne Räume im Gebäude malermäßig instand gesetzt werden. Auch hier erfolgt eine Abrechnung mit dem Jahresabschluss 2013 gegenüber der Gemeinde.

Am 16. Mai 2013 waren die Bürgermeister aus dem Flughafenumfeld des zukünftigen BER zu einer Informationsveranstaltung vom Geschäftsführer der Flughafengesellschaft, Herrn Mehdorn eingeladen. Das Treffen war insofern informativ, da uns der Stand der Bauarbeiten im Objekt erläutert wurde. Außerdem hat der Geschäftsführer zu verschiedenen anderen Problemen informiert sowie seine Standpunkte dazu dargelegt. Die Diskussion zum Beispiel, ob Tegel nach Inbetriebnahme des BER für eine längere Zeit als Flughafen offen bleiben soll, wurde von ihm angestoßen, weil aus seiner Sicht man allgemein auch Entscheidungen, die Mitte der 90er Jahre getroffen wurden, fast 20 Jahre später überprüfen können soll. Von vornherein festgelegte Denkverbote will er sich nicht auferlegen lassen. Andererseits hat er als Geschäftsführer in Sachen Lärmschutz darauf hingewiesen, dass er unter Umständen verpflichtet sein wird, gegen das jüngste Urteil des Oberverwaltungsgerichtes zum Lärmschutz Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht einzulegen, da er als Geschäftsführer dem Wohlergehen der Gesellschaft verpflichtet ist. Sofern Erfolgsaufsichten zum Wohle der Flughafengesellschaft bestehen, würde er ansonsten einen größeren finanziellen Schaden für die Gesellschaft wissentlich herbeiführen und sich somit persönlich Schadensersatzpflichtig machen. Dazu bemerkte dann ein Teilnehmer: solche Entscheidungen, dass z.B. mehr Geld für den Lärmschutz in die Hand genommen wird, können und müssen die Gesellschafter treffen und den Geschäftsführer dann entsprechend anweisen. Es wurde vereinbart, sich regelmäßig zu treffen, um über verschiedene Fragen diskutieren zu können bzw. Informationen weiter zu geben.

Am 14. Mai 2013 wurde Lutz Glendenberg, langjähriger Geschäftsführer der Seebadcasino GmbH, beerdigt. Lutz Glendenberg ist vor mehr als 10 Jahren mit Familie nach Rangsdorf gekommen und hat ein neues Seebadcasino aufgebaut. Ohne sein Engagement gäbe es dieses heute in der Form nicht. Dabei hat er auch all sein privates Vermögen in das Projekt gesteckt und am Ende für dieses Engagement auch persönlich gerade stehen müssen, weil nicht alles so gelaufen ist, wie er sich das am Anfang vorgestellt hat. Rangsdorf verliert mit ihm ein engagierten Geschäftsführer, welcher in die Ortslage Rangsdorf investiert hat, manchmal auch schwierig war, sich aber im Rahmen seiner Möglichkeiten im Ort mit eingebracht hat. Das sich ein Eigentümer auch gemeinnützig im Ort einbringt, ist nicht selbstverständlich. Die Eigentümer der Gesellschaft des derzeitigen Pächters des Gebäudes Seebadcasino sind mit dem Ort nicht verbunden, haben natürlich deshalb auch weniger Interesse sich im Ort gemeinnützig einzubringen. Aus diesem Grund ist jetzt so manche Veranstaltung nicht mehr in der Halle im Seebadcasino, sondern an anderer Stelle, weil natürlich jetzt kostendeckende Preise erhoben werden.

gez. Rocher